

# Antrag Nr. 16-F-03-0121

## Bündnis 90/Die Grünen

---

### Betreff:

Zukünftige Schülerzahlen und Schulbau-/Sanierungsentwicklung  
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.11.2016-

### Antragstext:

Vor dem Hintergrund verschiedener Entwicklungen wie der Priorisierung von Wohnraumschaffung durch die Politik und dem damit verbundenen Neubaugebieten sowie der unkalkulierbaren Migration durch Flüchtlingsströme haben sich die Schülerzahlen in Wiesbaden in den letzten Jahren unvorhergesehen entwickelt. Diese Situation wird sich auch kurz- bis mittelfristig nicht verändern. Das macht den Neubau oder die Erweiterung von Schulen nötig, was zusätzlich zu den ohnehin dringend ausstehenden Sanierungen umfangreiche Gelder benötigen wird. Unter der Prämisse, dass sich das Budget für die Sanierung und den Neubau von Schulen nicht drastisch erhöht, macht das eine genauere Darstellung der Veränderungen im Vergleich zum SEP (Schülerzahlen) und der Prioritätenliste (Gebäude) nötig. Die vom Bildungsplaner Herr Dietz angekündigte notwendige und durchaus sinnvoll erscheinende Neuzuschneidung der Schuleinzugsgebiete erschwert die Übersicht/Vergleichbarkeit für die Stadtverordneten zusätzlich.

Der Ausschuss möge beschließen:

der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) Wie die aktuellen Berechnungen des Schulamtes zu den zukünftigen Schülerzahlen in Wiesbaden aussehen (Darstellung nach Schulen und Schulform). Besondere Entwicklungen durch Neubaugebiete sind hervorzuheben (bspw. Dantestraße, Erbenheim Süd, Hainweg, Bierstadt Nord, Auf den Eichen, Linde-quartier, etc.).
- 2) Ob auf Grund der veränderten Zahlen andere (als die bisher geplanten) oder neue Maßnahmen bei Sanierung und Neubau von Schulgebäuden notwendig werden und wenn ja welche?
- 3) Welche Veränderungen ergeben sich hieraus für die Grundschulbetreuung?
- 4) Inwiefern soll den Veränderungen durch Containerlösungen begegnet werden? Wie hoch sind die Kosten hierfür?

Dabei sind die Veränderungen zum SEP und der Prioritätenliste synoptisch darzustellen um sie nachvollziehbar zu machen.

Wiesbaden, 23.11.2016